Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung / Aplerbecker Zeitung / Langscheder Zeitung / Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ◆ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ◆ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 268 — Mittwoch, den 14. November 1923 — 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Der Reichstag.

bb **Berlin**, 14. Nov. (Privattel.) Zur Forderung der Sozialdemokraten auf Einberufung des Reichstags hört ein Abendblatt, daß die Reichsregierung angesichts der ungeklärten Lage in Bayern es für inopportun hält, den Reichstag im gegenwärtigen Augenblick einzuberufen.

Geßler bleibt.

DZB **Berlin**, 14. Nov. (Tel.) Die Auslandsmeldungen über ein Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Geßler, der zu der demokratischen Partei gehört, sind, wie wir zuverlässig erfahren, völlig aus der Luft gegriffen.

Ermäßigung der Reichsbahn-Einheitssätze.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Am 1. Dezember werden die Einheitssätze für die zweite und erste Wagenklasse im Reichsbahnverkehr von 9,9 und 19,8 Pfennigen auf 6,6 und 13,2 Pfennige für den Kilometer herabgesetzt. In gleicher Weise werden auch Schnellzugzuschläge in der zweiten und ersten Klasse ermäßigt. Das Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Klassen, das heute 1 : 1½ und 4,8 : 9,7 beträgt, wird damit 1 : 1½ und 3 : 6 betragen.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Vom 20. November d. Js. ab wird der Gepäcktarif der Reichsbahn dahin ermäßigt, daß er nach dem um 30 Prozent erhöhten Eilguttarif berechnet wird. Als Mindestfracht werden 20 Pfg. erhoben. Das Mindestgewicht von 10 Kilo bleibt bestehen.

Der Berliner Buchdruckerstreik.

bb **Berlin**, 14. Nov. (Tel.) Der Streik im Berliner Buchdruckergewerbe geht weiter. Zu den neuen, von dem Reichsarbeitsministerium einberufenen Verhandlungen waren die Arbeitgeber nicht erschienen mit der Begründung, daß der neue Vermittelungsvorschlag des Reichsarbeitsministers keine geeignete Verhandlungsgrundlage biete.

Technische Nothilfe für Druck der Rentenmark.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) In der Reichsdruckerei sind bereits einige Hundert Mann von der technischen Nothilfe eingesetzt worden, um die weitere Herstellung von Rentenmark sicher zu stellen. Ferner hat in der vergangenen Nacht die Leitung der Reichsdruckerei einen Aufruf an die Arbeiterschaft erlassen, wovon sie hofft, daß in kurzer Frist sich viele Arbeiter in den Betrieben wieder einfinden werden.

Der ehemalige Kronprinz in Oels.

wtb. **Oels**, 13. Nov. (Tel.) Der ehemalige deutsche Kronprinz ist heute abend kurz nach 6 Uhr im Automobil aus Breslau hier eingetroffen.

Kein Paß an den früheren Kaiser.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Die Nachricht ausländischer Blätter, daß dem früheren Kaiser ein Paß zur Rückkehr nach Deutschland ausgestellt wurde, ist unwahr.

Die Reparationsgutscheine.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen eine Verordnung veröffentlichen, wonach die Einlösung der Reparationsgutscheine, die in England auf Grund des German Reparation Recovery Act ausgestellt werden, ausgesetzt wird. Die Gutscheine aus laufenden Verträgen werden weiterhin eingelöst, wenn sie bis zum 31. März 1924 vorgelegt werden, doch erfolgt eine Entschädigung im allgemeinen nicht mehr in bar, sondern gegen auf Goldmark lautende Schatzanweisungen.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Der Reichsarbeitsminister hat die Länder ermächtigt, auf die Erwerbslosenunterstützung der laufenden Woche einen Vorschuß in einfacher Höhe des Vorwochenbetrages auszahlen zu lassen.

Kommunistenverhaftungen.

wtb. **Kottbus**, 13. Nov. In einem hiesigen Gasthof wurden drei auswärtige Personen festgenommen, von denen zwei als Kuriere bedeutende Summen zum größten Teil in Dollarnoten bei sich führten, welche für eine hochverräterische Bewegung und deren Führer bestimmt waren. Im Zusammenhang damit wurden bei führenden Kottbuser Kommunisten und in bekannten Versammlungslokalen Durchsuchungen abgehalten, wobei es zur vorläufigen Festnahme von zwölf meist auswärtigen Führern der kommunistischen Jugend und mehreren anderen Personen kam und eine Menge Werbeschriften beschlagnahmt wurde.

Separatistenangriff auf Limburg.

wtb. **Frankfurt a. M.**, 13. Nov. (Tel.) Die Frankfurter Zeitung meldet aus Weilburg: Der erwartete Angriff der Separatisten auf Limburg setzte heute vormittag 10 Uhr ein. Bewaffnete Banden kamen aus Diez und gingen sofort zum Angriff auf das nur von schwachen Kräften der Schupo besetzte Limburger Rathaus vor, das in die Hände der Separatisten fiel.

Wucherer und Schieber ins Arbeitshaus.

* **Karlsruhe**, 12. Nov. Die wachsende Not und ihre zunehmende Ausbeutung durch unlautere Elemente hat den badischen Minister des Innern zu einer drakonischen, aber gerechten Maßregel veranlaßt. Er hat die Bezirksämter angewiesen, Wucherer, Schieber und Ausbeuter der Volksnot in Zukunft in das polizeiliche Arbeitshaus Kislau zu überführen.

Neuwahlen in England?

wtb. **London**, 13. Nov. (Tel.) Dem Parlamentsberichterstatter des Daily Telegraph zufolge hatte der Premierminister gestern nachmittag eine Audienz beim König im Buckinghampalast. Es könne angenommen werden, daß Baldwin dem König von seiner Absicht Mitteilung machte, unverzüglich an das Land zu appellieren.

Die Blätter melden übereinstimmend, daß die Auflösung des Parlaments noch in dieser Woche erfolgen wird und daß die Neuwahlen in der ersten Dezemberwoche stattfinden werden.

Rhein. Abordnung bei der Rheinlandkommission

wtb. **Koblenz**, 13. Nov. (Tel.) Die interalliierte Rheinlandkommission hat heute eine Abordnung des Rheinischen Provinziallandtages empfangen, die aus folgenden Herren bestand: Landeshauptmann Dr. Horion-Düsseldorf, Beig. Haas-Köln, Pfarrer v. Itter aus Krefeld, Justizrat Kaiser-Köln, Rechtsanwalt Loenartz-Koblenz.

Die Kommission hat folgende Punkte zur Sprache gebracht: die separatistische Bewegung, die Ausweisungen und die Amnestie der Gefangenen, die Frage der politischen Freiheit und des Versammlungsrechtes, die Besatzungslasten, wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten, die Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung.

Die interalliierte Kommission hat erklärt: daß dies allgemeine politische Fragen seien, die nicht mit den Vertretern des Provinziallandtages erörtert werden könnten, — zu Punkt 2 und 3 erklärte die Kommission, daß sie sich vorbehielte, die aufgeworfenen Fragen mit Wohlwollen zu prüfen in dem Maße, als die fortschreitende Versöhnung der Geister es zulasse. Zu der Frage der Geldbeschlagnahme wurde erklärt, daß diese jetzt geregelt sei, nachdem die Reichsvermögensverwaltung die Zahlungen an die Armeen wie früher wieder aufgenommen habe und nachdem die Armeen infolgedessen darauf verzichtet hätten, Geld zu beschlagnahmen. Zu dem letzten Punkt erklärte die Kommission, daß die alliierten Behörden ihrerseits alles tun würden, um die dargelegte Lage zu bessern. Sie rechneten darauf, daß die deutschen Behörden dabei in jeder Weise mitwirken würden.

Die Repko will die deutschen Vertreter hören.

wtb. **Paris**, 13. Nov. (Tel.) Der Wiederherstellungsausschuß hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, soweit es möglich ist, die deutschen Abgeordneten über die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches wegen des Antrages der deutschen Regierung vom 24. Oktober 1923 zu hören. Das Datum wurde noch nicht festgesetzt. Der Wiederherstellungsausschuß soll jedoch der deutschen Kriegslastenkommission einen Vorschlag machen, die deutschen Abgeordneten innerhalb zehn Tagen nach Paris zu berufen. Der Wiederherstellungsausschuß hat ferner einstimmig beschlossen, nach Anhörung der deutschen Abgeordneten in eine Prüfung darüber einzutreten, ob es möglich sei, einen Sachverständigenausschuß zu ernennen, um eine Untersuchung über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches zu veranstalten.

Die Erhöhung der Verbrauchssteuern.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Die von der Reichsregierung bereits am 27. Oktober auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über die Verbrauchssteuern bringt eine Erhöhung der Steuern für Zucker, Salz, Zündwaren sowie die Festsetzung der Spielkartensteuer in Gold. Die Verordnung soll am 16. November in Kraft treten. Von diesem Tage an wird bekanntlich die Rentenbank ins Leben treten. Die Notenpresse wird dann stillgelegt. Die Finanzierung des Reichshaushalts erfolgt auf der Grundlage des für 4½ Monate veranschlagten Uebergangsetats. Um ihn durchzuführen, ohne die Kredite der Rentenbank zu stark in Anspruch zu nehmen, müssen selbstverständlich alle Steuerquellen so ausgeschöpft werden, wie es unter den gegenwärtigen Umständen nur möglich ist. Die Verordnung stellt nur einen Ausschnitt aus den steuerlichen Maßnahmen dar, die, insbesondere auch auf dem Gebiete der Besitzsteuern, erforderlich werden, um den angestrebten finanziellen Erfolg zu erreichen und die Steuern den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen.

Was den Inhalt der Verordnung im einzelnen angeht, so kommt die Erhöhung der Zucker- und Salzsteuer nicht überraschend; sie bildete bereits den Gegenstand des im August von der Reichsregierung eingebrachten Gesetzentwurfs, der vom Reichsrat angenommen wurde, auch bei dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat Zustimmung fand und vom Reichstag dem Ausschuß überwiesen wurde. Der damalige Gesetzentwurf hat nunmehr durch die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung der Reichsregierung seine Erledigung gefunden. Nach dieser Verordnung wird die Zuckersteuer 35 v. H. des Herstellungspreises für Verbrauchszucker (Melis) ab Magdeburg betragen und vom Reichsminister für Finanzen in Gold festzusetzen sein. Bei dem gegenwärtigen Preise von 42 Goldmark für den Doppelzentner wäre sie also auf 14,70 Mark in Goldmark festzusetzen. Im Frieden betrug die Zuckersteuer bei einem Preise von 24,73 Mark 14 Mark vom Doppelzentner, also verhältnismäßig noch erheblich mehr. Berücksichtigt man aber die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung und ihre sonstige Belastung, so wird man jetzt nicht mehr den Vorwurf erheben können, daß Deutschland ungeachtet der hohen Belastung im Auslande, namentlich in Italien und England, den Zucker nicht zur Deckung seines Finanzbedarfs soweit herangezogen habe, wie die Verhältnisse es gestatten.

Die Salzsteuer wird nach Inkrafttreten der Verordnung 45 v. H. des Großhandelspreises für gewöhnliches Speisesalz in loser Schüttung ab Braunschweig betragen, und ebenfalls in Gold zahlbar sein. Sie wird bei einem Goldpreis von 1,64 Mark für den Doppelzentner auf etwa 0,74 Goldmark festzusetzen sein gegenüber einer Steuer von 12 Mark im Frieden. Nach dem neuen Salzsteuergesetz ist aber nicht nur Speisesalz, sondern alles in den Verbrauch kommende Salz der Steuer unterworfen, weshalb auch ein Vergleich mit der Belastung des Salzes im Auslande kaum möglich ist. Die Zündwarensteuer wird künftig 60 v. H. des Steuerwertes (des Herstellerverkaufspreises) betragen. Bei einem gegenwärtigen Preise von 165 Goldmark für eine Normalkiste (1000 Pakete zu 100 Schachteln) ergibt sich danach eine Steuer von rund 1 Goldpfennig für die Schachtel gegenüber einer Steuer von 1,5 Pfennig vor dem Kriege. Der Herstellerverkaufspreis ist aber von 90 Mark für eine Normalkiste im Frieden auf 165 Goldmark gestiegen. Der Preis einschließlich Steuer stellt sich mithin höher als im Frieden. Dies muß angesichts der sehr hohen Belastung der Zündhölzer im Ausland getragen werden. Die Spielkartensteuer wurde in der Verordnung auf 30 Goldpfennig für das Spiel festgesetzt, entspricht somit dem Vorkriegssteuersatz.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat infolge der Absperrung des Rhein- und Ruhrgebiets durch die Franzosen einen nie gekannten Grad erreicht. Allein in den besetzten rheinischen Gebieten sind 2 Millionen Arbeitslose. Rechnet man Kurzarbeiter und die Familienangehörigen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter hinzu, so ist hier mindestens die Hälfte der Bevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen. Auch im unbesetzten Gebiet machen sich die Rückwirkungen der Besetzung mehr und mehr geltend. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen beträgt hier bereits über 700 000, die der unterstützten Kurzarbeiter mehr als eine Million. Hinzu kommen noch zahlreiche Erwerbslose und Kurzarbeiter, die nach den geltenden Bestimmungen eine Unterstützung nicht erhalten können. Diese Zahlen werden ergänzt durch die Statistik der Arbeitersachverbände. Bereits Ende September waren 10 v. H. ihrer Mitglieder arbeitslos, 40 v. H. Kurzarbeiter. In einzelnen Verbänden erfaßt die Arbeitslosigkeit bis zu 30 v. H., in anderen die Kurzarbeiter 45 v. H. der Mitglieder. Die Not ist umso größer, als die finanzielle Lage Deutschlands den Unterstützungsmöglichkeiten die engsten Grenzen zieht.

Beratungen über die Rheinlandfrage.

DZB **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Im Reichstag kam heute der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion zusammen, der über den Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages beriet. Der Fraktionsvorstand kam noch zu keinem endgültigen Beschluß. Es soll vielmehr über die Modalitäten der Einberufung auch mit dem Reichskanzler noch weiter verhandelt werden. — Die Fraktion des Zentrums beschäftigte sich in ihrer heutigen Besprechung vorwiegend mit der rheinisch-westfälischen Frage, nachdem heute nachmittag der 15er Ausschuß mit Vertretern dieser Landesteile verhandelt hatte. Den Verhandlungen dieses Ausschusses wird in politischen Kreisen die größte Wichtigkeit beigemessen. In den späten Abendstunden werden sich die einzelnen Fraktionen mit dem Ergebnis der Besprechungen dieses Ausschusses beschäftigen. Auch der Reichskanzler und der Minister für die besetzten Gebiete werden heute abend noch die Presse empfangen, so daß mit wichtigen Entscheidungen in der rheinisch-westfälischen Frage in der nächsten Zeit zu rechnen ist. — Auch der Vorstand der demokratischen Partei trat heute vormittag zu einer vertraulichen Besprechung zusammen.

Der eingeschränkte Sachverständigenausschuß.

wtb. **Paris**, 13. Nov. (Tel.) Ueber den Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten, morgen durch den französischen Delegierten in der Reparationskommission einen Antrag auf Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu erörtern, erklärte der diplomatische Redakteur der Havasagentur folgendes: Um einen neuen Beweis seines Willens zu geben, und kein Mittel unversucht zu lassen, um zu einer Lösung zu gelangen, nahm der französische Ministerpräsident für sich den Vorschlag auf Einberufung eines Sachverständigenausschusses in Anspruch. Er weigert sich keineswegs, mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten, nachdem der passive Widerstand beendet ist und die Verfehlungen aus den Sachlieferungen dank den Abkommen, die mit den deutschen Industriellen getroffen wurden, behoben sind. Poincare beauftragte deshalb den französischen Delegierten in der Reparationskommission, von ihr zu verlangen, daß sie den Sachverständigenausschuß einberufe. In der Sitzung, die die Reparationskommission morgen abhalten wird, wird Barthou im vollen Einvernehmen mit Poincare die Initiative ergreifen. Die Reparationskommission wird zu gleicher Zeit auch die deutsche Note vom 31. Oktober, worin die Kriegslastenkommission die Anhörung deutscher Sachverständiger über die Finanzlage des Deutschen Reiches verlangte, wiederum prüfen. Man erinnert sich, daß in Anbetracht der Verhandlungen, die mit den Vereinigten Staaten geführt wurden, Sir John Bradbury beantragt hatte, daß die Anhörung deutscher Sachverständiger hinausgeschoben werde. Heute steht der Vernehmung der Vertreter des Deutschen Reiches nichts mehr im Wege.

Wenn, was natürlich ist, die Reparationskommission auch gleichzeitig beschließt, einen Sachverständigenausschuß zu ernennen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, so könnte dieses Komitee die Vorschläge prüfen, die die deutschen Delegierten im Laufe ihrer Ausführungen vorbringen. Nach französischer Ansicht werde sich der Sachverständigenausschuß nicht mit diesem Studium begnügen. In erster Linie müsse der Ausschuß die Bilanz der Hilfsquellen Deutschlands feststellen, und zwar sowohl seiner Hilfsquellen in Deutschland, als auch der Hilfsquellen im Ausland. Zu diesem Zwecke habe er die Ermächtigung, überall da, wo deutsche Kapitalien ungerechtfertigter Weise aus dem Lande geschafft wurden, Erhebungen anzustellen und Maßnahmen festzulegen, die erforderlich seien, um sie wieder nach Deutschland zurückzuführen. Der Ausschuß müsse auch beschließen, in welchem Umfange die Hilfsquellen des Deutschen Reiches von jetzt ab für die Finanzierung der Reparationen verwendet werden könnten. Endlich müsse er sagen, in welcher Weise Deutschland für die Sanierung seiner finanziellen Lage sorgen müsse. Die Arbeit der Sachverständigen müsse wesentlich praktischen Charakter tragen und sich auf die unmittelbare Zukunft viel eher beziehen, als daß sie sich in hypothetischen Erwägungen über die Prosperität oder über die zukünftigen Rückerstattungen Deutschlands ergingen. Bei dem augenblicklichen finanziellen und wirtschaftlichen Chaos, das in Deutschland herrsche, seien derartige Erwägungen zwecklos. Nach der Ansicht der französischen Regierung dürfe die Gesetzmäßigkeit der Ruhrbesetzung nicht in Frage gestellt werden, auch dürften die wirtschaftlichen Ergebnisse, die die Folge davon seien, nicht erörtert werden.

Der Ausschuß könne sich zusammensetzen aus zwei Delegierten der in der Reparationskommission vertretenen Mächte, die bereits einen Garantieausschuß bildeten und beispielsweise einen Finanztechniker für jedes Land zu Hilfe ziehen könnten. Der Ausschuß könne auch deutsche oder neutrale Zeugen vernehmen, sich nach Berlin begeben usw. Nach französischer Ansicht würde diese Kommission wahrscheinlich mindestens zwei Monate tagen. Schließlich hätte die Reparationskommission sich über die Fragen auszusprechen und die Entscheidung zu treffen, die nach ihrer Ansicht geboten sei. Auf alle Fälle werde die Reparationskommission Deutschland keinen Betrag erlassen können, da Art. 234 des Versailler Vertrages dieses Recht nur den Regierungen zuerkenne. Dagegen werde die Reparationskommission Deutschland jeden Aufschub gewähren können. Immerhin werde sie nicht imstande sein, fällig gewordene Zahlungen über 1923 hinaus aufzuschieben. Der französische Delegierte würde hierzu nicht ermächtigt sein.

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 14. November.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 6. XI.	129
Lebenshaltg. „ „ „ am 5. XI.	38,5
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	200
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 14. XI.	200
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	200
Fernbrief ab 12. XI.	10
Fernpostkarte ab 12. XI.	5
Buchschlüssel	215
Anzeigenschlüssel vom 13. XI. ab	0,236
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 12. XI.	150
Steuerermäßigungsmaltiplikator in der Woche vom 11. XI.—17. XI.	300000

Der Dollar am 13. XI. 23

Dollarkurs Geld: 837 900 000 000 / Brief: 842 100 000 000

da in der Reparationskommission für jeden Aufschub über diesen Zeitpunkt hinaus eine einmütige Zustimmung erforderlich sei.

Die Münchener Vorgänge

wtb. **München**, 13. Nov. Amtlich. Vielfach wird das Gerücht verbreitet, daß Ludendorff am 9. November noch am Mittag nichts davon wußte, daß Kahr, Lossow und Seißer mit der Reichswehr und der Landespolizei gegen den Hitlerputsch stimmten. Demgegenüber wird vom Wehrkreiskommando amtlich festgestellt, daß Oberst Leupold, der die Infanterieschule leitet, am 9. November, gegen 5 Uhr vormittags Ludendorff und Hitler persönlich mitgeteilt hat: Kahr, Lossow und Seißer halten sich an ihre Zusage im Bürgerbräukeller nicht gebunden, weil sie unter Zwang abgegeben wurde. Die 7. Division steht nicht hinter der Unternehmung Hitlers, sie wird nötigenfalls gewaltsam die Ordnung wieder herstellen. Hierzu wurden auch Truppen herangezogen. Diese Weisung ist im Auszug zwischen 12 und 1 Uhr nachts telephonisch an die Infanterieschule gekommen und mir (Oberst Leupold) von Lossow persönlich bestätigt worden. Ludendorff und Hitler ersuchten Leupold, den General Lossow umzustimmen, wobei Hitler betonte, daß er zum Kämpfen und Sterben bereit seien. Leupold erwiderte, daß er an eine Aenderung des Entschlusses des Generals Lossow nicht glaube. Die Truppen würden tun, was ihr Führer befehlen werde. Er würde wiederkommen, wenn Lossow es für nötig halte. Gegen 6 Uhr vormittag meldete Leupold dem General Lossow, bei dem sich auch Kahr und Seißer befanden, den Inhalt einer Mitteilung an Ludendorff und Hitler. Demnach haben Ludendorff und Hitler am 9. November, vormittags 5 Uhr, durch einen Obersten der Reichswehr Kenntnis davon erhalten, daß eine Fortsetzung ihres Tuns zu einem Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht führen müßte.

wtb. **München**, 13. Nov. (Tel.) Am Montag kam es im Stadtinnern abermals zu Ansammlungen, wobei es zu kleinen Zwischenfällen kam. Am 13. sind wieder Theater-, Musik- und Lichtspielaufführungen gestattet. Am Montag befaßte sich der Ministerrat mit der durch die Vorgänge der letzten Tage geschaffenen Lage. Gegenüber den in der Provinz verbreiteten Gerüchten, der Generalstaatskommissar sei von höchster Stelle zum Rücktritt bewogen worden, verlautet, daß Kahr besonders jetzt, wo die ganze Verantwortung auf ihm ruhe, nicht daran denke, sein Amt zu verlassen.

wtb. **München**, 13. Nov. (Tel.) Die Vertreter der vaterländischen Kampfverbände waren am Montag beim Generalstaatskommissar, wobei sie die unbedingte Notwendigkeit betonten, daß Kahr die volle, durch keinerlei Bindung gehemmte, vollziehende Staatsgewalt ausübe. Auch forderten sie die Amnestie für alle, anläßlich des Putsches erfolgten Vergehen. Da aber die Verurteilungen noch nicht vorliegen, brauchte dieser Punkt noch nicht weiter erörtert zu werden.

Politische Umschau

Vom Reichsverkehrsminister.

wtb **Berlin**, 12. Nov. Reichsverkehrsminister Oeser hatte für heute die Präsidenten der Reichsbahndirektionen nach Berlin berufen, um mit ihnen eine Reihe von Fragen zu besprechen, deren Lösung angesichts der ernsten finanziellen Lage des Reiches unverzüglich in Angriff genommen werden muß. In einer eingehenden Rede entwickelte der Reichsverkehrsminister sein Finanz- und Wirtschaftsprogramm.

Die höchste Leistung soll unter Ausnutzung jedes technischen Fortschrittes mit dem geringsten Aufwand an persönlichen und sachlichen Mitteln erreicht werden. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit muß allen anderen Erwägungen vorangehen, sowohl im eigentlichen Eisenbahnbetrieb, als auch bei der Festlegung von Mitteln für Bauten und Beschaffungen. Die finanzielle Aushilfe durch das Reich in Gestalt von Betriebszuschüssen mangels genügender Betriebseinnahmen muß wegfallen, wenn überhaupt wieder geordnete Verhältnisse im Reichshaushalt und damit in der Volkswirtschaft eintreten sollen. Die Erfahrungen des bewährten Arbeitsverfahrens der Privatwirtschaft sollen mehr als bisher auch in der Reichsverkehrsverwaltung durch Einstellung auf Erfolgwirtschaft angewandt werden. Eine voll wirksame Dezentralisation der Verwaltung wird vorbereitet. An Fachvorträge über die Durchführung des Personalabbaues und die angeordneten Sparmaßnahmen auf organisatorischem Gebiet schloß sich eine eingehende Aussprache über das weitere Vorgehen.

Die Aufgaben des Währungskommissars.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Dr. Hjalmar Schacht wurde, wie schon mitgeteilt, zum Reichswährungskommissar ernannt. Dieser Posten wurde geschaffen, weil die Währungsfragen zurzeit einen derartigen Raum in den Aufgaben der Reichsregierung einnehmen, daß die beteiligten Abteilungen, insbesondere der Finanzminister, nicht mehr in der Lage waren, ohne Benachteiligung ihrer übrigen ebenso dringenden Obliegenheiten die Verantwortung weiterhin allein zu tragen. Da anderseits die Ressortarbeit im vollen Umfange erhalten bleiben muß, so ist der Reichswährungskommissar der Reichsverwaltung in der Form beigeordnet worden, daß alle Maßnahmen auf währungspolitischem Gebiet, vorbehaltlich der Rechte des Reichskabinetts, seiner Zustimmung bedürfen und daß er der Reichsregierung für die rechtzeitige Anordnung von Maßnahmen verantwortlich ist. Der Reichswährungskommissar hat eine beratende Stimme im Reichskabinett. Dr. Schacht wurde für den Posten des Reichswährungskommissars gewählt, weil seine Tätigkeit im Währungs- und Bankwesen ihm für diese außerordentlich wichtige Aufgabe besonders geeignet erscheinen läßt.

Eine befristete Note Belgiens.

* **Paris**, 12. Nov. Einer Brüsseler Havasmeldung zufolge hat die belgische Regierung von Deutschland in einer befristeten Note verlangt, die von Belgien geforderten Sühnemaßnahmen für die Ermordung des belgischen Leutnants Graff nunmehr umgehend zu leisten. Für den Fall, daß die deutsche Regierung dieser Forderung nicht innerhalb der festgesetzten Frist nachkommt, werden Sanktionen angedroht.

Die Rückgabe von Orden und Ehrenzeichen.

Die ständig wachsende Entwertung der Papiermark läßt es für das finanzielle Interesse des preußischen Staates geboten erscheinen, die Bestimmung, wonach Orden und Ehrenzeichen von den Beliehenen oder nach deren Tode von den Hinterbliebenen käuflich erworben werden können, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen. Der preußische Ministerpräsident hat daher, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, in einem Rundschreiben an die Reichs- und Staatsminister das Ersuchen gerichtet, die nachgeordneten Behörden davon in Kenntnis zu setzen, daß künftig alle Auszeichnungen, soweit sie nicht durch besondere Vorschriften von der Rückgabe überhaupt befreit sind, nach dem Ableben der Inhaber zurückzuliefern sind. Können rückgabepflichtige Orden und Ehrenzeichen aus irgendwelchen Gründen nicht beigebracht werden, so müssen die Erben für den dem Staat hieraus erwachsenden Schaden grundsätzlich aufkommen, indem sie der Staatskasse den Anschaffungs-(Friedens-)preis wertbeständig zu erstatten haben. Das Staatsministerium wird also künftig Geldbeträge für Orden und Ehrenzeichen als Kaufpreis nicht mehr entgegennehmen.

Die Teuerungsunruhen.

* **Gelsenkirchen**, 12. Nov. Heute vormittag bewegte sich ein großer Zug Erwerbsloser, der von Wattenscheid kam, durch die Stadt Gelsenkirchen. Die Kundgeber, die internationale Lieder sangen und Tafeln mit Aufschriften gegen Wucher- und Schiebertum trugen, zogen durch die Stadt zum Alten Markt. Dort hielt ein Redner von einem erhöhten Punkt aus eine Ansprache an die Versammelten, aber bevor er noch geendet hatte, erschien eine Abteilung französischer Soldaten und trieb die Ansammlung auseinander. Zwei Führer der Erwerbslosen wurden von den Franzosen verhaftet.

Plünderungen in Berlin.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Auch gestern kam es in verschiedenen Gegenden der Stadt zu Plünderungen. Im besonderen wurden Wagen mit Lebensmitteln überfallen. Das schnelle Eingreifen der Polizei verhinderte in den meisten Fällen größere Ausschreitungen. Ansammlungen, zu denen es u. a. in Reinickendorff und Neukölln kam, wurden von der Polizei aufgelöst. Es wurden wieder eine Reihe Personen verhaftet. Gestern nachmittag unternahm die Polizei eine Säuberungsaktion in der Tauentzien- und Nürnbergerstraße, wo sich Gesindel aus dem Scheunenviertel hingezogen hatte und mit Hilfe von Schlepper unerlaubten Devisenhandel trieb. Sechs Personen wurden der Kriminalpolizei übergeben.

Deutsche Auslandsguthaben.

Es ist bekannt, wie das Ausland über die Flucht des deutschen Kapitals denkt, und daß die Tatsache, zumal sie sehr übertrieben wird, nicht nur in Frankreich, sondern auch in England in den weitesten Kreisen zu sehr bitteren Kommentaren führt. Philipps Price, der Deutschland lange als Vertreter des „Daily Herald" bereiste, hat gerade in diesen Tagen erst in der Manchester Freetrade Hall die Behauptung aufgestellt, daß etwa 30 Prozent des deutschen Kapitals endgültig im Ausland investiert und 90 Prozent als Papiermark in ausländische Währung umgewandelt worden seien. Das Blatt der Labour Party veröffentlicht diese schwer kontrollierbare Behauptung mit der Ueberschrift „Wie die deutsche Plutokratie ihr Land beraubt". Englische Kapitalisten, wie sie im Daily Telegraph zu Worte kommen, und antikapitalistische Arbeiter vereinigen sich also im Angriff. Die Propaganda, die aus Paris hierher getragen ist sucht das auszunützen und ist zurzeit damit beschäftigt, England zu einem aktiven Eingreifen gegen das deutsche Kapital, das sich ins Ausland geflüchtet hat, zu bewegen, und findet natürlich in der allgemeinen Disposition vieler Engländer ein gewisses Entgegenkommen. Wie bereits berichtet, hat aber das offizielle Frankreich bisher an die englische Regierung keine entsprechenden Vorschläge oder Anregungen herangebracht. Die Schwierigkeiten einer solchen Aktion, wenn sie sich nur auf den Versuch beschränkte, die etwaige Höhe der Guthaben und der mehr oder weniger verschleierten Investierungen festzustellen, sind einleuchtend genug, und die englische Regierung würde in der Order im Council sehr rasch ein entscheidendes Hindernis finden, die vor drei Jahren ausdrücklich verordnet hat, daß alles nach dem Krieg nach England verbrachte Kapital der Angehörigen früherer Feindesstaaten keine Beschlagnahme zu gewärtigen habe. Die Verordnung erging allerdings, bevor zu erkennen war, in welchem Ausmaß eine Kapitalabwanderung aus Deutschland erfolgen werde. Aber das ändert die Rechtslage nicht.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph bemerkt heute zu demselben Thema:

Für einen solchen Versuch ließe sich vom ethischen Standpunkt aus vieles anführen, soweit einzelne Deutsche in Versuchung kommen, die sich auf Kosten ihrer unglücklichen Landsleute bereichert haben. Aber es dürften wohl unübersteigliche praktische und konstitutionelle Schwierigkeiten im Wege stehen. Beinahe in allen Ländern wäre eine spezielle Gesetzgebung dafür notwendig. Dergleichen wäre sicherlich nicht von den neutralen Ländern zu verlangen, in die sich die deutschen Depositen aus den alliierten und assoziierten Ländern flüchten würden, wenn in diesen eine besondere Gesetzgebung mit rückwirkender Kraft eingeführt würde. Man denke z. B. an den amerikanischen Fall. Selbst wenn nach einigem Zeitverlust ein spezielles Gesetz angenommen würde, würde sich dieses wohl auf die Banken erstrecken, die eine nationale Charter von der Bundesregierung innehaben, aber das Gesetz würde schwerlich die Trusts und Korporationen berühren, die ihr Privilegium von den Regierungen der einzelnen amerikanischen Staaten ableiten.

Der Geburten-Rückgang in Deutschland und Frankreich.

In einem Artikel des „L'Eclaire" („Les soldats de demain, la denatalite progresse en Allemagne comme en France") vergleicht, wie San.-Rat Dr. Prinzing (Ulm) in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" berichtet, Ambroise Got, anknüpfend an die Worte von Clemenceau, daß Deutschland 20 Millionen Einwohner zuviel habe, die Entwicklung der Geburtsziffer in Deutschland und Frankreich. Er weist zunächst darauf hin, daß in Deutschland 1871—1914 die Bevölkerung von 40,9 auf 67,9 Millionen gestiegen sei, also sich um 66 Prozent vermehrt habe, während in Frankreich die Volkszahl nur von 35,9 auf 39,7 Millionen stieg, also einen Zuwachs von nur 11 Prozent aufwies. Nach dem Kriege hat die Bevölkerung Deutschlands 61 Millionen betragen, sie habe 1922 hauptsächlich infolge der Rückwanderung aus den abgetretenen Gebieten 63 Millionen betragen, was einer Vermehrung von 3 Prozent entspreche, während die Bevölkerung Frankreichs (mit Einschluß Elsaß-Lothringens) von 41,6 Millionen auf 39,3 Millionen zurückgegangen sei. Die Volkszahl mit 41,6 Millionen für 1919 ist aber zu hoch bemessen, sie betrug wahrscheinlich nicht mehr als 39 Millionen, bei der Volkszählung am 6. März 1921 wurden 39,2 Millionen gezählt. Got teilt dann die Zahlen der Bevölkerungsbewegung für die beiden Länder von 1919 bis Mitte 1922 mit. Aus Nachrichten in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" nimmt Got, daß der Geburten-Ueberschuß in den deutschen Großstädten sich bedeutend verringert hat. Auf 1000 Einwohner kamen in diesen:

	Lebend-Geburten	Sterbefälle	Geb.-Ueberschuß
1921	20,1	12,6	7,5
1922	17,3	13,4	3,9

Die Geburten-Abnahme ist in den deutschen Großstädten ebenso groß wie in den französischen, dagegen haben die französischen Städte eine viel höhere Sterblichkeit; sie ist etwa 18 Prozent. Dazu kommt, daß in Frankreich der Geburten-Rückgang sich nicht auf die Städte beschränkt hat, sondern daß auch die Landbevölkerung daran stark beteiligt ist, in dem Maße, daß südlich der Loire in allen Bezirken die Bevölkerung abnimmt, oder höchstens gleich bleibt, während in Deutschland die Geburten-Ziffer auf dem Lande nur sehr langsam zurückgeht. Der Franzose schließt seinen Artikel mit den Worten: „Der Abstand zwischen Deutschland und Frankreich bleibt furchtbar, und wenn wir nicht Waffen finden, um die Geißel der Entvölkerung zu bekämpfen, wird es uns unmöglich sein, in der Zukunft einen Graben auszufüllen, der sich täglich verbreitert." Diese Waffen können die Franzosen freilich im eigenen Lande nicht finden, denn der Bevölkerungs-Stillstand ist in Frankreich eine seit zwei bis drei Jahrzehnten beobachtete Erscheinung. Hierin wird sich auch künftig nichts ändern, das Angstgeschrei mag erhoben werden so oft es will.

Der Conradi-Prozeß in Lausanne.

wtb. **Lausanne**, 13. Nov. (Tel.) Der Anwalt der Zivilpartei, der Genfer Nationalrat Dicker, wies in einem vierstündigen Plaidoyer auf die historische Bedeutung des Prozesses hin. Er hob sodann die politischen Eigenschaften Worowskis auf der Lausanner Konferenz hervor. Er bezeichnete Pulinin, der der Typus des zaristischen Offiziers sei, als den Hauptschuldigen, der den weniger intelligenten Conradi als Werkzeug benutzte. Gegen Pulinin gewandt, rief der Anwalt erregt: Sie sind ein Feigling. Sie haben Worowski drei Tage vor dem Mord auf der Straße gesehen und ihn nicht angetastet; dann aber haben Sie Ihren Komplizen Conradi vorgeschickt. Diese Tatsache wird wie ein zentnerschwerer Stein auf Ihnen lasten bleiben. Conradi schilderte der Anwalt als einen zynischen Verbrecher, der kaum als normal bezeichnet werden könne, wobei er einen nach der Mordtat abgefaßten chiffrierten Brief verlas, worin sich der Täter über die Leiche des Ermordeten lustig machte und einen neuen Mordplan ankündete. Hierauf entwarf der Anwalt in großen Zügen ein Bild der Geschichte Rußlands seit Nikolaus II. und der russischen Revolution, da man, wie er erklärte, auch diese auf die Anklagebank bringen wollte. Nachdem er ausdrücklich festgestellt hatte, daß dem Bundesrat bei den Verbrechen Conradis keine Schuld treffe, schloß er, indem er sich an den Kollegen Tachlennoff mit folgenden Worten wandte: „Wenn Sie nach Rußland heimkehren, erzählen Sie, daß ich mit übermenschlicher Anstrengung die russische Revolution verteidigt habe, aber als Lohn dafür nur eins begehre: Ich bitte die russische Regierung, auch im Falle des Freispruchs der Mörder Worowskis, keine Repressalien gegen die Schweizer Bürger in Rußland anzuwenden." Das Plaidoyer hinterließ bei den Zuhörern einen tiefen Eindruck.

Die Goldmarkrechnung im Kleinhandel.

(Genaue Anweisungen an die Polizeibehörden zum Schutz der Konsumenten.)

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

In der nächsten Nr. des Ministerialblattes für die preußische innere Verwaltung erteilt der Präsident des Landespolizeiamtes, nachdem nun auch der Kleinhandel die Berechtigung erhalten hat, seine Preise in Goldmark zu berechnen, Anweisungen an die Polizeiverwaltungen, worauf sie bei dieser Berechnung zu achten haben, und wie einer Uebervorteilung des Publikums zu begegnen ist. Die Polizeiverwaltungen haben danach auf folgendes ihr Augenmerk zu richten:

Der Einzelhandel legt seiner Kalkulation den Großhandelsgoldpreis des Vortages zugrunde und wertet seinen mit dem zugelassenen Einzelhandelsaufschlag errechneten Grundpreis entsprechend dem Tagesmultiplikator auf. Die Preisbestimmung gilt jeweils innerhalb der üblichen Geschäftsstunden von nachmittags 3 Uhr des laufenden Tages bis 3 Uhr nachmittags des folgenden Tages. Innerhalb dieser Zeit dürfen Gold- und Papiermarkpreise nicht geändert, auch darf die Abgabe von Waren in den üblichen Mengen nicht verweigert werden.

Die Polizeibehörden haben ferner darauf zu achten, daß der Einzelhändler beim Sinken der Goldpreise oder des Dollars oder beider seine Preise sofort herabsetzt. Bei Verstößen ist rücksichtslos einzuschreiten und von den Mitteln der Handelsuntersagung bezw. Schließung der Geschäftsräume Gebrauch zu machen.

Den Polizeibehörden wird des weiteren zur Pflicht gemacht, die Preisauszeichnung der Waren genau zu überwachen. Der Lebensmitteleinzelhandel ist gehalten, in einer Liste im Schaufenster und im Laden den angewandten Multiplikator (Anzahl der Papiermark für eine Goldmark), Tag und Tageszeit, für welche er gilt, und die Grundpreise in Goldmark für die einzelnen Waren anzugeben. Der aus Grundpreis und Multiplikator sich ergebende Papiermarkpreis braucht nicht mehr angegeben zu werden. Im übrigen sollen die Polizeibehörden mit ganz besonderer Sorgfalt darüber wachen, daß die Grundpreise nicht willkürlich festgesetzt werden, sondern den Gestehungskosten entsprechen. Vor allem aber wird den Polizeibehörden erneut zur Pflicht gemacht, gegen jeden Versuch, die Annahme von Papiermark abzulehnen, mit aller Entschiedenheit einzuschreiten.

Im Handel mit Mehl und Backwaren werden die Polizeibehörden angewiesen, örtliche Polizeiverordnungen zu erlassen, durch welche den Käufern die Möglichkeit gegeben ist, von Preisen und Gewicht der verschiedenen Backwaren für bestimmte Zeiträume durch einen Anschlag am Verkaufslokal Kenntnis zu nehmen und bei Zweifeln an dem angegebenen Gewicht der Backwaren ein sofortiges Nachwiegen derselben im Bäckerladen herbeizuführen.

Wie früher bereits, ersucht das Landespolizeiamt auch jetzt wieder das Publikum, bei der Wucherbekämpfung mitzuwirken und in allen Fällen, wo nach seiner Ansicht unlautere Machenschaften des Handels vorliegen, Anzeigen bei den Polizeibehörden zu erstatten.

In diesem Zusammenhang erscheint es geboten, auf einen Zustand hinzuweisen, den der Pressedienst des Organs des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels, „Die Textil-Woche", unter der Ueberschrift „Substanzverlust trotz Goldmarkrechnung" behandelt. Darin wird ausgeführt:

Durch die künstliche Niederhaltung der Devisenkurse ist der Einzelhandel wieder einmal gezwungen, erhebliche Teile seines Warenlagers zu verschenken. Denn wenn jetzt auch die Preisstellung im Ladengeschäft in Goldmark erfolgen kann, so verhindert dies doch nicht einen Substanzverlust, weil der Einzelhandel seine Preise auf Grund von Kursen stellen muß, die seine Lieferanten nicht anerkennen und auch nicht anerkennen können, soweit es sich um die Bezahlung von Einfuhrware handelt. Die natürliche Folge der Devisenzwangskurse ist eine Erhöhung der Goldpreise in Großhandel und Industrie, und auch der Einzelhandel müßte deshalb, wenn er nicht Selbstmord begehen will, seine Goldmarkpreise rechtzeitig in die Höhe setzen, solange er Papiermarkzahlung annimmt, die auf Grund eines veralteten Multiplikators berechnet wird. Eine Steigerung der Goldmarkpreise im Ladengeschäft, die infolge der Zwangsregulierung wirtschaftlich vollkommen berechtigt ist, würde aber von den Verbrauchern nicht verstanden und ganz mit Unrecht als unreell angesehen werden. Aus diesem Grunde sind zahlreiche namhafte Firmen des Einzelhandels wieder dazu übergegangen, ihre Preise [illegible] in Goldmark in Papiermark auf Grund einer [illegible] zahlberechnung festzusetzen. Dadurch vermeiden sie das Odium, das mit einer Veränderung der Goldmarkgrundpreise verbunden ist und sind in der Lage, die Verkaufspreise einwandfrei im Einklang mit den wirklichen Geldwertverhältnissen festzusetzen, andererseits können sie dann aber auch einen entsprechend höheren Wertbeständigkeitsrabatt bei Zahlung mit Goldanleihe, Dollar-Anzahlungen oder Devisen, deren Annahme ja bis auf weiteres wieder erlaubt ist, gewähren.

Aus Nah u. Fern.

Der Taschendieb im Nachtzug.

bb **Berlin**, 12. Nov. Den wilden Mann versuchte der internationale Taschendieb Moses Perlowitz aus Warschau zu spielen, der sich vor der Strafkammer wegen eines dreisten, bereits bis zum Jahre 1919 zurückliegenden Taschendiebstahls im D-Zug zu verantworten hatte. Er war damals bei zwei Diebstählen im Nachtzug Berlin—Hamburg abgefaßt worden, nachdem er sich in Belgien, Frankreich und Argentinien herumgetrieben hatte. Er erhielt zwei Jahre Gefängnis. Hiergegen legte der Angeklagte Berufung ein. Moses Perlowitz gebärdete sich vor Gericht wie ein Verrückter und bestritt, identisch mit dem Taschendieb von 1919 zu sein. Wie Perlowitz bei seinen Diebstählen vorgegangen war, schilderte eine Augenzeugin in anschaulicher Weise. Die Dame wollte ebenfalls in dem Schlafwagen des Nachtzuges nach Hamburg fahren und wurde plötzlich mitsamt ihrer Begleiterin von einem hastig einsteigenden elegant gekleideten Herrn beiseite gestoßen. Sie sah gleich darauf, wie derselbe einem Herrn, der in jeder Hand ein Gepäckstück trug, im Vorbeigehen die Brieftasche aus dem Rock zog. Mit dem Herrn zusammen machte sie sich dann auf die Suche nach dem Taschendieb. Am Ende des Wagens stießen sie auf eine erregte Gruppe und hörten schon von weitem, daß ein Reisender jemand beschuldigte, ihn bestohlen zu haben. Beim Näherkommen erkannte die Zeugin, daß der Beschuldigte niemand anders war als der von ihr beobachtete Dieb. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte ein Psychopath ist, ermäßigte das Gericht die Strafe auf 1 Jahre Gefängnis.

Der Todessturz.

* **Stettin**, 12. Nov. Der Knecht Karl Schulz aus Zaager bei Kolberg unterhielt mit dem Dienstmädchen Hasermann aus Garchen ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Man fand nun jetzt das Mädchen im Mühlgraben ertrunken. Wie sich herausstellte, hat Schulz das Mädchen in den Mühlgraben gestoßen, um sich den in Aussicht stehenden Vaterpflichten zu entziehen. Schulz wurde verhaftet und hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Banknotenfälschungen.

bb **Berlin**, 10. Nov. Betrüger haben wiederholt versucht, Reichsbanknoten in den Verkehr zu geben, die durch Stempelaufdruck mit einer höheren Wertangabe versehen sind. Vor der Annahme dieser verfälschten Noten wird gewarnt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß bisher von der Reichsbank nur zwei Arten von Reichsbanknoten ausgegeben worden sind, die durch Ueberdruck einen vom Text der Note abweichenden Wert erhalten. Es sind dies die Reichsbanknoten zu ursprünglich 1000 Mark mit dem Datum vom 15. Dezember 1922, welche durch Ueberdruck den Wert von 1 Milliarde, und die Reichsbanknoten zur ursprünglich 5000 Mark mit dem Datum vom 15. März 1923, welche durch Ueberdruck den Wert von 500 Milliarden Mark erhalten haben. Weitere überdruckte Reichsbanknoten sind bisher nicht ausgegeben.

Aufkäufer wertbeständiger Lohngelder verhaftet.

* **Karlsruhe**, 10. Nov. In Mannheim, Karlsruhe und Freiburg sind eine Anzahl von Personen festgenommen worden, die vor den Fabriken usw. den Arbeitern wertbeständige Zahlungsmittel gegen ein Aufgeld abkauften. — Aus Heidelberg wird berichtet, daß am dortigen Bahnhof und in den Vorräumen der Banken sich seit kurzem Elemente breitmachen, die deutsche Schatzanweisungen zu einem riesigen Aufgeld zu erwerben suchen. Das Drei- und Mehrfache des Normalwertes wird geboten. Man nimmt an, daß die Schieber das Geld nach der Pfalz bringen, wo sie es an wilden Börsen, die sich in Ludwigshafen aufgetan haben, gewinnbringend absetzen.

Wiederaufnahme eines Sensationsprozesses.

* **Rom**, 12. Nov. Der Prozeß Murri, der vor mehr als 20 Jahren die gesamte Welt in Spannung hielt, ist wieder aufgelebt und hat eine völlig neue Wendung erfahren. Es ist jetzt den Hauptbeschuldigten Tullio Murri und Dr. Pio Naldi gelungen, nachdem sie 17 Jahre im Gefängnis zugebracht haben, die Freiheit zu erlangen und die Revision des Prozesses durchzusetzen. Sie behaupten, ihre Schuldlosigkeit voll beweisen zu können: damals, als sie jung waren, hätten sie nicht sprechen können und dürfen. Man hatte Tullio Murri, der damals gerade zum Provinzialrat von Bologna gewählt worden war, nach der Wohnung seines Schwagers, des Grafen Bonmartini, gerufen, der ermordet in seinem Zimmer aufgefunden worden war. Nach den Begleitumständen des Vorfalles war zuerst angenommen worden, daß Bonmartini das Opfer eines galanten Abenteuers geworden war. Die Gattin des Ermordeten, Linda Bonmartini-Murri, war die Tochter des berühmten Mediziners Augusto Murri, mit dem sie zur Zeit des Mordes nebst ihren beiden Kindern in Venedig weilte. Sie legte beim Begräbnis ihres Mannes einen Kranz nieder und reiste sofort in Begleitung des Vaters und Bruders wieder nach Venedig ab. Die Volksstimmung wurde gegen sie rege, und es entstand sehr bald der Verdacht, daß die Gräfin, der man ein Liebesverhältnis zu dem Arzte Carlo Sechi nachsagte, die Ermordung ihres Gatten veranlaßt habe. Als daraufhin sie und Sechi verhaftet worden waren, erstattete zur allgemeinen Ueberraschung Professor Murri die Anzeige, daß sein Sohn Tullio den Mord begangen habe, der damit die schlechte Behandlung seiner Schwester rächen wollte. Tullio kehrte aus Serbien nach Bologna zurück und stellte sich selbst dem Gericht. Ferner wurde noch der Mediziner Pio Naldi, sowie die Geliebte Tullios, die Halbweltlerin Rosina Bosetti, verhaftet. Durch Urteil vom 11. August 1905 erhielten Tullio und Naldi je 30 Jahre, die Bosetti 7, Linda Bonmartini und Sechi 10 Jahre Gefängnis. Nun schlug aber die Volksstimmung zugunsten von Linda um und auch Autoren traten für ihre Schuldlosigkeit ein, mit dem Erfolge, daß sie freigelassen wurde. Der „Corriere Italiano" veröffentlicht nun eine Korrespondenz aus Bologna, in der er den Namen des wahren Schuldigen nennt, der auch von Tullio Murri bestätigt worden sei. Es sei ein gewisser Adolfo Labella. Er führte ein ungeordnetes Leben, so daß ihm seine Eltern die Geldmittel entzogen. Er lebte hauptsächlich von der Unterstützung mehrerer angesehener Familien, darunter der Familie Murri. Labella war ein intimer Freund von Tullio Murri.

Handel und Industrie.

Börsenbericht.

wtb. **Berlin**, 13. Nov. (Tel.) Unter vermehrtem Begehr mußten heute die Devisenkurse wesentlich heraufgesetzt werden. Die Zuteilung wurde weiter verringert, und zwar wurde auf die Hauptdevisen nur 1 Prozent, auf die übrigen Devisen, meist 2 Prozent gegeben.

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Wochenabonnement: 200 Milliarden, Einzelnummer: 40 Milliarden Mk.

Zum Geleit.

Die Menschen sagen immer:
Die Zeiten werden schlimmer!
Die Zeiten bleiben immer.
Die Menschen werden schlimmer!

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 14. November 1923.

Erinnerungen.

1716 Der Philosoph Gottfried Wilh. v. Leibniz in Hannover gestorben.

1825 Der Schriftsteller Jean Paul in Bayreuth gestorben.

1831 Der Philosoph G. W. Fr. Hegel in Berlin gestorben.

1897 Deutschland besetzt Kiautschau.

*

Schwerter Volksspende.

Weiter gingen an Spenden ein:

Uebertrag	11 100	Milliarden
Wirt Schotte	300	„
N. N.	200	„
Kaufmann Josef Eickhoff	1 000	„
Firma L. Hagemann	1 000	„
Kaufmann O. Wilkes	500	„
N. N.	500	„
Wirt H. Wächter	200	„
N. N.	500	„
Metzgermeister S. Levy	1 000	„
Barmer Bank-Verein	500	„
zusammen	16 800	Milliarden

Schwerter Wochenmarkt.

Auf dem heutigen Wochenmarkt herrschte ein reges Leben und Treiben. Käufer und Verkäufer hatten sich zahlreich eingefunden und gestalteten sich die Preise folgendermaßen [in Milliarden Mk.]: Kappus weiß 6, rot 12, Wirsing 15, Sellerie 12 und 20, Kohl 10, Zwiebel 5, Schellfisch 200 und 250, Porce 10.

*— **Für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.** Nach Mitteilung des Versorgungsamtes Dortmund erhalten alle Militärrentenempfänger eine weitere Nachzahlung. Empfänger, die ihre Rente bei der Post abheben, müssen diese am Montag, den 19. November bei der zuständigen Postanstalt abholen. Die Postanstalten zahlen nur am 19. 11., nicht auch an späteren Tagen. Alle übrigen Empfänger erhalten die Nachzahlung im Postscheckwege oder durch Banküberweisung.

—* **Die Postbeamten gehen nicht zur Steuerverwaltung.** Der Uebergang von Postbeamten in die Reichsfinanzverwaltung ist noch immer nicht durchgeführt. Der Postverwaltung ist es noch nicht gelungen, überzählige Beamte in dem geforderten Umfange zur Verfügung zu stellen. Der Reichsminister der Finanzen hat deshalb die Präsidenten der Landesfinanzämter und der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein neuerdings angewiesen, den Oberpostdirektionen den ungedeckten Bedarf an Verkehrsbeamten mitzuteilen. In persönlichen Verhandlungen mit den Direktionen soll geprüft werden, wie der Bedarf auf dem schnellsten und einfachsten Wege gedeckt werden kann.

—* **Steigende Zuckererzeugung.** Die Zuckererzeugung endigt ihr Betriebsjahr Ende August. Nach den vorläufigen Ergebnissen hatte die verarbeitete Rübenmenge in diesem Jahre eine Zunahme mit nicht weniger als 25 Prozent gegen das Vorjahr aufzuweisen. Vom September 1921 bis August 1922 waren 75,5 Millionen Doppelzentner verarbeitet worden, von September 1922 bis August 1923 dagegen 93 3/4 Millionen. Auch der gewonnene Zucker weist in Rohzuckerwert berechnet einen Mehrertrag von 11,9 Prozent auf. Er stieg von 13 auf über 14,5 Millionen, oder um 14,6 Millionen Doppelzentner. Berücksichtigt man fehlende Nachweise aus dem besetzten Gebiet, so ist anzunehmen, daß der Verbrauch an Zucker ziemlich der gleiche war wie im Vorjahr oder wenig dahinter zurückblieb. 1921/22 stammten 1,3 Millionen Doppelzentner aus dem Ausland, 1922/23 nur noch 0,3 Millionen. — Leider ist der Preis des Zuckers derart gestiegen, daß es vielen Leuten nicht mehr möglich ist, diesen zu kaufen. Zurzeit wird für 1 Pfund Zucker ungefähr 250 Milliarden Mk bezahlt, das sind 1,60 Mk Goldmark. [Kostete er im Frieden auch so viel! Die Red.]

—* **Der Milliardenassessor.** Die Gebühren für die erste juristische Prüfung und für die große Staatsprüfung betragen jetzt 75 Milliarden. Sie sind alsbald nach der Zulassung zur Prüfung zu entrichten. Der Satz gilt für alle Fälle, in denen die Gebühren nicht bis zum 31. Oktober eingezahlt worden sind. Wird die Prüfung nicht durchgeführt, so wird die Hälfte zurückerstattet.

—* **Wertbeständiges Reichsbahnnotgeld.** Die Ausgabe des angekündigten wertbeständigen Notgeldes der deutschen Reichsbahn in Gestalt von wertbeständigen Anteilscheinen der Schatzanweisungen des Deutschen Reiches (Goldanleihe) hat begonnen. Die Stückelung beträgt 0,42 M Gold gleich ein Zehntel Dollar, 1,05 M gleich ¼ Dollar, 2,10 M = ½ Dollar. (Wie wir hören, wurde auch hier den Eisenbahnern, sowie anderen Reichsarbeitern wertbeständiges Geld ausgehändigt. Es wäre zu wünschen, daß auch den Arbeitern der Privatindustrie endlich wertbeständiges Geld zugeteilt würde. Die Vertröstungen des Reichs von dem einen zum anderen Auszahlungstermin müssen endlich aufhören und es muß endlich zur Tat geschritten werden, wenn nicht die unendlich große Not weiterer Kreise unseres Volkes noch vergrößert werden soll. D. Red.)

\+ **Im Silbertranz.** Am gestrigen Tage konnten die Eheleute Franz Brand und Frau, Mathilde geb. Hesse, an der Beckestraße wohnend, das Familienfest der silbernen Hochzeit feiern. Wir sprechen dem Silber-Brautpaar noch nachträglich besten Glückwunsch aus. Auf ein weiteres Vierteljahrhundert!

\+ **In der „Reichskrone"** laufen gegenwärtig zwei Filme, die allgemein Beachtung verdienen: „Der geheimnisvolle Termin", ein Kriminaldrama in fünf spannenden Akten, der ein grelles Schlaglicht auf das Treiben gewisser Gesellschaftsklassen wirft und den Duellunfug, insbesondere aber jenen der sogenannten amerikanischen Duelle, blitzartig beleuchtet, und „Dennoch kam das Glück", eine ergreifende Geschichte aus dem alltäglichen Leben. In beiden Filmen sind die Hauptrollen allerersten Kräften anvertraut. Der meisterhafte Aufbau der Handlung und die ganze Behandlung des schwierigen Stoffes müssen die vollste Anerkennung des Beschauers hervorrufen und der versöhnende Abschluß beider Werke ruft allgemeine Befriedigung hervor. Daß verschiedene Besucher auch bei den ergreifendsten Szenen ihre unangebrachte Lachlust nicht zügeln können, zeugt von dem großen „Verständnis" dieser unreifen Burschen, die auch den Theaterbesuch noch „erlernen" müssen. Ueber das polizeiliche „Rauchverbot" noch ein Wort zu verlieren, hieße mit der kostbaren Zeit und Tinte zu große Verschwendung treiben. Das Verbot hängt hübsch unter Glas und Rahmen an der Wand und damit ist dem Gesetz anscheinend Genüge getan. Warum geht man nicht mit Goldmarkstrafen gegen die zahlreichen Rauchsünder vor? (Anmerk. d. Red.: Vielleicht dürften wir der Direktion der „Reichskrone"-Lichtspiele empfehlen, an den Rückenlehnen der Sitze Aschenbecher anzubringen, damit die Herren Raucher nicht immer genötigt sind, die Asche auf den Boden fallen zu lassen.)

—* **Beschränkte Annahme kleiner Scheine.** Jeder Zahlungs- und Schalterverkehr wird mehr und mehr dadurch erschwert, daß die Geldentwertung immer größere Massen von Scheinen zu kleinwertigen macht, mit der Ersatz durch größere Abschnitte geschaffen ist. Das Zählen der vielen Scheine braucht natürlich Zeit. Die Post sucht sich bis jetzt durch besondere Vorschriften gegen diese Verzögerung zu schützen. Grundsätzlich sollen an den Schalterstellen und bei den Hauptkassen keine Scheine mehr angenommen werden, die geringwertiger sind als die Mindestgebühr für eine Drucksache des Inlandverkehrs. Ausgenommen bleiben Zahlungen, für die kleinere Scheine notwendig sind. Für deren Einlieferungen sollen nach den örtlichen Verhältnissen besondere Einrichtungen vorgesehen werden. In Orten mit mehreren selbständigen Postanstalten wird eine einzige bestimmt, bei der an einem einzigen Schalter nur zu bestimmten Stunden kleinwertige Scheine angenommen werden. In größeren Städten dürfen auch mehrere Anstalten dafür bestimmt werden. An größeren Orten mit einer Postanstalt nimmt auch nur eine Stelle die kleinen Scheine an. An kleinere Anstalten wird dafür nur eine verkehrsschwache Stunde angesetzt.

—* **Wertbeständige Prüfungsgebühren.** Für die Gebühren für die ärztlichen, zahnärztlichen, tierärztlichen und pharmazeutischen Vorprüfungen und Prüfungen sind jetzt ebenfalls Grundpreise aufgestellt worden, die mit der Richtzahl für die Kosten der Lebenshaltung vervielfacht werden. Die fachlichen und Verwaltungsgebühren sowie die Gesamtgebühren für die pharmazeutische Vorprüfung sind im allgemeinen vor der Ladung zur Prüfung zu entrichten. Die fachlichen und Verwaltungskosten geben von 18—44 M für die verschiedenen Arten von Prüfungen. Bei der ärztlichen Vorprüfung kosten die einzelnen Abschnitte 2—8 M, bei der Prüfung selbst 2,5—10 M, bei den pharmazeutischen 7—9,5 M.

—* **Rückkauf des Versorgungsscheins.** Eine einmalige Entschädigung für den Versorgungsschein können jetzt Versorgungsanwärter erhalten, die beim Personalabbau ohne Wartegeld oder Ruhegehalt entlassen werden. Bezahlt wird das doppelte Anfangsmonatseinkommen der Besoldungsgruppe 5, d. h. Grundgehalt, Ortszuschlag nach Ortsklasse B und allgemeine Teuerungszuschläge. Dies gilt auch für Anwärter, die erst vorgemerkt sind.

—* **Grundzahlen bei Gericht.** Grundzahlen werden für die Zuständigkeit der Gerichte, Gerichtskosten sowie die Gebühren der Gerichtsvollzieher eingeführt. Sie werden mit der Reichsrichtzahl für die Kosten der Lebenshaltung der vorhergehenden Woche vervielfacht und auf die nächste Million aufgerundet. Für die verschiedenen Stufen der Instanzen sind 60, 250, 1000 und 1500 M vorgesehen. Für Gerichtskosten beträgt die Mindestgebühr 40 Pfennig, die volle Gebühr bis zu einer Grundzahl von 200 M 4 %, darüber 2 %. Die Pfändungsgebühr des Gerichtsvollziehers beträgt bei einer Grundzahl bis 100 M 2 %, bis 500 M 1 %, darüber ½ %, mindestens 50 Pf. Die Versteigerungsgebühr beträgt bis 100 M 5 %, bis 300 M 3 %, bis 1000 M 2 % usw., mindestens 1 M.

—* **Wiederbelebung von Anleihen.** Für die Kreditnahme des Reichs wichtig ist eine Ergänzung der Verordnung über die Flüssigmachung von Mitteln im Wege der Anleihe und die Ausgabe von Schatzanweisungen, die der Reichspräsident erlassen hat. Werden auf Mark gestellte Schatzanweisungen zur Einlösung fällig oder vorher vom Reiche zurückerworben, so lebt die Ermächtigung, auf Grund deren sie ausgestellt sind, in ihrer ursprünglichen Höhe wieder auf. Die Verordnung über die Flüssigmachung von Mitteln vom 20. Oktober gilt auch für Ermächtigungen, die in älteren Gesetzen enthalten sind.

Aus den Provinzen.

Geseke. (Eine zeitgemäße Belohnung) verspricht ein hiesiger Viehhändler demjenigen, der ihm zwei aus seinem Kamp entlaufene Stück Rindvieh, ein Rind und eine Kuh, wieder herbeischafft. Der „ehrliche Finder" soll nämlich zwei drei Monate alte Schweine erhalten. Das lautet anders, als wenn ein paar lumpige Millionen oder Milliarden versprochen werden.

Münster. (Unbegründete Gerüchte.) Von zuständiger Stelle wird uns über das Militärdepot Hembergen geschrieben: In der letzten Zeit liefen vielfach Gerüchte in der Bevölkerung um, daß im ehemaligen Militärdepot Hembergen riesige Getreidevorräte zu spekulativen Zwecken eingelagert und infolge der langen Lagerung zum Teil verdorben seien. Die amtlichen Feststellungen, die bei den Firmen und bei der Bahn vorgenommen wurden, ergaben, daß es sich hauptsächlich um Hafermengen handelt, von denen die älteste Einlagerung bis 8. Oktober 1923 zurückgreift. Der Hafer stammt aus der diesjährigen Ernte und ist sachgemäß eingelagert. Er ist namentlich für Grubenpferde bestimmt. Im letzteren Falle werden die Untersuchungen das Nähere feststellen. Getreide (Weizen) ist nur in verschwindend kleinen Mengen vorhanden, und auf Veranlassung der Eisenbahndirektion nur vorübergehend eingelagert worden, weil infolge der Besetzungslage Schwierigkeiten bei der Bestellung der Bahn entstanden waren.

Herne. (Mord.) Die Ehefrau des Schlachtmeisters Franz Litzner in der Auguststraße wurde in der Wohnung ermordet. Die Leiche wurde von dem Ehemann, der sich angeblich von 2 bis 5 Uhr in Recklinghausen aufgehalten hat, auf dem Fußboden in der Küche mit durchschnittener Kehle vorgefunden. Der bei der Familie wohnende Arbeiter Bruno Josef hat die Wohnung der Familie Litzner gestern nachmittag verlassen und ist seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Es besteht somit der Verdacht, daß Josef der Täter ist. Weiter wird gemeldet: Man steht in der Mordsache durchaus noch nicht klar. Die Eheleute Litzner lebten in zweiter Ehe. Der Mann ist 34 Jahre, die Frau war 28 Jahre, von den drei Kindern waren zwei aus der ersten Ehe. Diese beiden Kinder waren bei den Schwiegereltern in Altherne untergebracht. Obzwar die Familie anscheinend in geordneten Verhältnissen lebte, gab es in letzter Zeit doch hin und wieder angeblich Streitereien, doch seien diese nicht bedenklich gewesen. Augenblicklich waren Litzner sowohl wie der Kostgänger ohne Arbeit. Näheres über das nach mehreren Richtungen hin auffällige Verschwinden des Kostgängers Josef konnte noch nicht ermittelt werden. Ob er überhaupt als Täter in Frage kommt, oder ob nicht eine dritte Person hineinspielt, steht zur Stunde durchaus noch nicht fest.

Scherfede. (Von Wilddieben überfallen) wurde der hiesige Gemeindeförster. Er stellte in seinem Revier vier Personen, die kurz vorher Schüsse abgegeben hatten. Auf seinen Anruf hielten drei die Hände hoch. Als er dem vierten die Waffe abnehmen wollte, fi elen alle vier ihn her und schlugen ihm mit dem Kolben auf den Schädel, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Er wurde später aufgefunden. Die Wilderer sind vorläufig nicht bekannt.

Paderborn. (Auch ein Zeitbild.) Auf der Westenstraße. Ein Auto kommt daher, hochelegant. Im Wagen zwei Damen, ebenfalls hochelegant und zu ihren Füßen ein — feistes Schwein, nicht gradezu besonders elegant, aber so ruhig und selbstsicher grunzend, als ob es so seine Bestimmung wäre, im Luxusauto durch die Welt zu fahren. Ja, diese Borstentiere, wie sie in der Wertschätzung gestiegen sind, seitdem die „Wertbeständigkeit" uns so höllisch zu schaffen macht.

Werries. (Ein großartiges Naturschauspiel) sahen einige Wanderer, die am späten Abend gegen 10 Uhr von Uentrop kamen. Am nördlichen Himmel ging ein ungemein großes Meteor blitzartig herunter. Es kam aus dem Sterngebild des Großen Bären, erleuchtete grell die dunklen Wolken- und Nebelmassen und verschwand gleich einer feurigen Schlange in südlicher Richtung.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

13] (Nachdruck verboten.)

Hermann Rodeck, der dem weitschweifigen Gerede bis dahin nur mit sichtlichem Widerstreben sein Ohr geliehen hatte, wurde plötzlich aufmerksam.

„Holthausen?" wiederholte er. „Meinen Sie etwa Gerhard Holthausen — den Arzt?"

„Sein Vorname ist mir nicht bekannt. Um einen Arzt aber handelt es sich allerdings. Sie kennen ihn also?"

„Ich war während meiner letzten Berliner Studienzeit mit dem damaligen Kandidaten der Medizin Gerhard Holthausen sehr gut bekannt. Und ich habe erfahren, daß er sich später in Hamburg als praktischer Arzt niedergelassen hat. Ein brieflicher Verkehr hat während der letzten zwei oder drei Jahre nicht mehr zwischen uns stattgefunden. Aber es würde mich in der Tat interessieren, etwas von ihm zu hören! Wenn also Ihr Doktor Holthausen auch der meinige sein sollte —"

„Er ist es ohne jeden Zweifel; denn in Hamburg gibt es nur einen einzigen Arzt dieses Namens. Was für eine Meinung haben Sie von dem Manne?"

„Ehe ich darauf antworte, müßte ich wissen, was Sie zu der Frage veranlaßt!"

„Was mich dazu veranlaßt, ist, daß ich selber die denkbar schlechteste Meinung von ihm habe. Ich hege nämlich die feste Ueberzeugung, daß er zu derselben Zeit, wo sie mit Jens Jenssen verlobt war, der Geliebte des Fräulein Luisa Magnus gewesen ist!"

„Das glaube ich Ihnen nicht!" rief Rodeck fast ungestüm, „das halte ich für ganz undenkbar! Damit Sie es wissen: Gerhard Holthausen war mein Freund, und ich kenne ihn zur Genüge, um sicher zu sein, daß er keiner ehrlosen Handlung fähig ist!"

„Sie sagen selbst, daß Sie seit Jahren außer allem Verkehr mit ihm gewesen sind. Im Laufe etlicher Jahre aber können sich im Charakter eines Menschen recht wohl die merkwürdigsten Veränderungen vollziehen. Und außerdem handelt es sich hier um eine Liebesgeschichte! Für das aber, was ein Verliebter tun oder nicht tun wird, kann sich auch sein allerbester Freund nicht verbürgen!"

Der Maler zuckte die Achseln.

„Es mag sein, daß Sie darin mehr Erfahrung haben als ich. Ist das nun alles, was Sie mir von dem Doktor Holthausen mitzuteilen wünschten?"

„Nein. — Es ist lediglich das, was ich zum richtigen Verständnis oder zur besseren Beurteilung des Folgenden vorausschicken mußte! Der Vater des Fräulein Magnus, ein angeblicher brasilianischer Oberst oder dergleichen, ist ein todkranker Mann, der wohl so ziemlich auf dem letzten Loche pfeift, und Doktor Holthausen ist sein Arzt. Auf solche Art mögen seine Beziehungen zu der schönen Luisa entstanden sein. Jens Jenssen war im Anfang schrecklich eifersüchtig auf ihn; aber die Brasilianerin, die, wie gesagt, mit ihm machen konnte, was sie wollte, hatte es verstanden, ihn nach und nach von dieser Eifersucht zu kurieren. Sie machte sich bei jeder Gelegenheit über den Doktor lustig und sprach in spöttischen Worten über seine Art, ihr als schüchterner Anbeter den Hof zu machen. Seit gestern vermute ich, daß sie dabei sehr bestimmte und klug berechnete Absichten verfolgte."

„Warum seit gestern?"

„Hören Sie zu! Ihr Onkel war zeit seines Lebens einer der gesündesten Menschen, die mir je vorgekommen sind. Aber eben, weil er das war, glaubte er seiner Gesundheit mehr zumuten zu dürfen, als auf die Dauer selbst die allerstärkste Konstitution vertragen kann. Namentlich die geistigen Getränke spielten in seiner Lebensweise eine bedenklich hervorragende Rolle. Und so hatten sich denn seit einiger Zeit gewisse bedrohliche Anzeichen geltend gemacht, die ihn nötigten, einen Arzt zu konsultieren. Von einer nahen Lebensgefahr aber konnte dabei gar keine Rede sein.

Mein alter Freund Jenssen war einer von den Eichbäumen, die erst fallen, wenn sie bis ins innerste Mark hinein hohlgefressen sind. Er konnte sich's schon leisten, die ärztlichen Ratschläge in den Wind zu schlagen, soweit sie nicht zu seinen alten Gewohnheiten und Liebhabereien paßten. Und er durfte darüber lachen, wenn ihm gelegentlich mal ein kleiner Schwindel befiel, oder wenn von der Lunge ein Bissen knapp wurde. Für die letztwillige Verfügung, die er seine schöne Verlobte abzufassen wußte, war also ganz gewiß nicht die geringste Veranlassung vorhanden."

„Also doch schon wieder dies Testament! Wie in aller Welt lautet es denn nun eigentlich?"

„Es lautet, daß Fräulein Luisa Magnus die alleinige Erbin seines gesamten Nachlasses sein solle, auch in dem Fall, daß er etwa schon vor der Hochzeit sterben würde. Was sagen Sie zu dieser merkwürdigen Bestimmung, mein lieber Herr Rodeck?"

„Ich sage, daß ich sie gar nicht so besonders merkwürdig finden kann. Dergleichen Verfügungen dürften unter Verlobten doch wohl des öfteren getroffen werden."

„Aber es dürfte nicht allzu häufig vorkommen, daß unmittelbar nach ihrer Niederschrift der unwahrscheinliche Fall wirklich eintritt, um dessentwillen sie getroffen wurden."

Ein paar Sekunden lang verharrte der junge Maler in ernstem Schweigen, wie wenn er sich erst völlig klar werden müsse über Sinn und Zweck der Worte, die der andere soeben gesprochen. Dann kehrte er dem Amerikaner sein Gesicht zu, und indem er ihn aus blitzenden Augen unverwandt ansah, fragte er mit schwerer Betonung jedes einzelnen Wortes: „Verstehe ich Sie recht, mein Herr, wenn ich in dieser Bemerkung eine furchtbare Anklage gegen die Braut meines Onkels erblicke?"

„Eine Anklage — hm, ich weiß nicht! Um eine Anklage zu erheben, muß man Beweise haben! Zu einem Verdacht aber bedarf es nur gewisser Indizien. Sprechen wir also vorläufig lieber von einem bloßen Verdacht! Solange die Angelegenheit nur zwischen uns beiden zur Erörterung steht, kommt das ja so ziemlich auf dasselbe hinaus!"

„Und Ihre vermeintlichen Indizien? Wie sehen sie aus?"

(Fortsetzung folgt.)

Der Vertrauensmann auf der Straße.

Polizei und Bürgerschaft.

Der deutsche Bürger hat die Furcht vor dem Polizeibeamten mit der Muttermilch eingesogen. Daß ein so in Fleisch und Blut übergegangener Zwangsrespekt nicht rasch überwunden wird, ist verständlich. So begegnet man ihm auch heute noch nur zu häufig und ganz besonders bei älteren Leuten, trotzdem sich der heutige Polizeibeamte von Polizeibeamten des ehemaligen Deutschlands ganz wesentlich unterscheidet. Der Beamte der Republik ist wohl noch immer Hüter des Gesetzes, er ist aber zugleich zum Vertrauensmann der Straße geworden, und wo er es noch nicht ist, soll er dazu erzogen werden.

Vertrauensmann kann er aber nur sein, wenn ihm auch wirklich Vertrauen entgegengebracht wird. Dazu ist wieder Voraussetzung, daß jedes Vorurteil gegen den Polizeibeamten fällt. Dazu ist ferner notwendig, daß der ehemals erzwungene Respekt vor dem Polizeibeamten heute zu einem freiwilligen wird und nicht in Respektlosigkeit umschlägt, wie es zuweilen geschieht, wenn auch oft nur aus einer falschen Auffassung der republikanischen Freiheit heraus. In England, Skandinavien und anderen Ländern ist es selbstverständliche Pflicht eines Volksgenossen, den Polizeibeamten in jeder Form zu unterstützen. Warum soll das nicht auch in Deutschland üblich werden? Dazu beitragen kann heute jeder Straßengänger. Täglich läßt sich beobachten, wie Autofahrer, Radfahrer, die ohne Licht oder auf falscher Seite fahren und von Beamten in korrekter Weise angerufen werden, statt den Beamten mit einer einfachen Handbewegung zu verständigen, diesen grob anfahren oder überhaupt nicht beachten. Oft wurde schon gemeldet, daß bei irgendwelchem, im Interesse der Allgemeinheit notwendig gewordenen Einschreiten eines Polizeibeamten die Passanten ganz unbegründet Partei gegen den Polizeibeamten ergriffen und damit seinen Dienst ungemein erschwerten. Sie würden bei solchen Gelegenheiten sicher anders handeln, wüßten sie um den Vorgang, der den Beamten zum Einschreiten veranlaßt.

Der Polizeibeamte hat kein Aburteilungsrecht, er ist nicht Staatsanwalt, er ist nur Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft und verhängt nur kleine Ordnungsstrafen. Er hat nur Ordnungsdienst zu leisten und ist zum Schutze der Bevölkerung da. Der Polizeibeamte verhaftet den Verbrecher, er sistiert aber nur den Ruhestörer. Es ist irrig, zu meinen, wer vom Polizeibeamten zur Wache gebracht wird, sei ein Verurteilter. So wenig wie der Beamte ein Staatsanwalt ist, ist die Wache ein Gerichtssaal. Sie ist Sicherheitswache.

Einen Polizeibeamten als einen Feind zu betrachten, heißt, sich selbst schutzlos machen. Einem Polizeibeamten im notwendigen Augenblick die Unterstützung versagen, heißt, sich selbst der Gefahr aussetzen und in Einfältigkeit den eigenen Schutz ablehnen. Wer ernsthaft nachdenkt, muß das einsehen.

Der Polizeibeamte unterscheidet sich sozial in keiner Beziehung von seinen Genossen in Fabrik und Kontor. Er fühlt und leidet mit ihnen alle die Nöte der Zeit. Sein Dienst ist darum schwer und bitter, und das noch mehr, wenn er gemeinhin nur als Soldat angesehen wird, statt als Beschützer des Volkes. Nicht tätliche Unterstützung will der Polizeibeamte, sondern auf moralische rechnet er vor allem. Viel schwieriger als ein tätlicher Widerstand macht dem Beamten oft eine feindliche Atmosphäre, eine fühlbare Abneigung des Nichtbeteiligten, seinen Dienst. Der Beamte, der an den Augen, aus den Gesichtern der Umstehenden die vertrauensvolle Zustimmung erkennt, fühlt sich stärker und bestimmter in seinen Handlungen, und das ist oft von ganz wesentlicher Bedeutung. Das Gegenteil geschieht leicht, wenn dem Beamten nur Mißtrauen, Verachtung oder gar Verhöhnung begegnet. Auch beim sachlichsten Beamten bleibt dann eine Verärgerung nicht aus. Er geht unter den Umständen nicht freudig in den Straßendienst, sondern bezieht die Straße als „Stellung". In diesem Augenblick aber sind alle Voraussetzungen für die Aufgabe gefallen, die ihm in der Republik aufgetragen wird, eben, ein Vertrauensmann der Straße zu sein. Jeder Einwohner trage darum dazu bei, daß dem Polizeibeamten das Verständnis entgegengebracht wird, das ihm gebührt und seinen schweren Dienst erleichtert.

Runenzauber.

Ueber die Entstehung und Bedeutung der ältesten germanischen Schriftzeichen, der sogenannten Runen, in erst neuerdings, namentlich von skandinavischen Gelehrten, helleres Licht verbreitet worden. Da die wissenschaftliche Runenforschung, die Wilhelm Grimm vor hundert Jahren begründet hat, längere Zeit unsicher herumtastete, und trotz heißen Bemühens zu keinem einigermaßen freien Ergebnis gelangen wollte, war es nicht wunderbar, daß allerlei schnellfertige Dilettanten die schwierige Frage aufgriffen und mit eifervoller Beredsamkeit abenteuerliche Lösungen anboten, die sogar zu politischen Argumenten ausgemünzt wurden.

Vor allem muß man sich hüten, die Entstehungszeit der Runen in eine nebelhafte Urperiode hinaufzuschieben. Es gibt keine Runen in vorchristlicher Zeit. Wann sie geschaffen wurden, läßt sich natürlich nicht mit mathematischer Genauigkeit feststellen, aber man geht kaum fehl, wenn man ihren Ursprung, wie es der neue Brockhaus tut, in das 3. Jahrhundert nach Christi verlegt. Als Heimat der Runen ist die Gegend nördlich vom Schwarzen Meer anzusehen, wo sich griechisches und römisches Wesen berührten und in eigenartiger Weise mit andern Kulturelementen mischten. Nach dem griechischen und römischen Alphabet, genauer nach der griechischen und römischen Kursivschrift, sind denn auch die Runen gebildet worden, und alles spricht dafür, daß die Ostgoten sie geschaffen haben, deren Nachfahren ja noch lange in jener Gegend ansässig waren.

Gotischen Ursprungs sind jedenfalls die frühesten bisher bekannt gewordenen Runendenkmäler: die kurzen Inschriften auf der Spitze des Speers von Kowel in Wolhynien und auf dem Goldring von Pietrossa in Rumänien. Fast alle Runen der ältesten Zeit sind auf Waffen und Gegenstände, die der Mensch am Leibe trug, eingeritzt. Weshalb wohl? Weil sie den Besitzer gegen Unheil jeder Art schützen sollten. Denn die Runen waren zunächst nicht gewöhnliche Schriftzeichen wie unser Alphabet und dienten nicht zu Mitteilungen, sondern haben eignen Wert und selbständige Bedeutung: sie sollten ein Wirkung hervorrufen oder verhindern, Sieg bringen, Krankheiten fernhalten, Dämonen bannen — mit andern Worten: man wollte mit ihnen hexen.

Die ältesten Runen sind Zauberrunen und besitzen nach primitiver Vorstellungsweise magische Kraft. Daher wird auch Odin, der Gott des Zaubers, der Erfinder aller geheimen Weisheit — und runa heißt im Gotischen „Geheimnis" — als Vater der Runen bezeichnet. In einem Eddalied lehrt Brünhild den Sigurd Siegrunen auf das Schwert ritzen, durch Zweigrunen Wunden heilen, durch Brandungsrunen Wogen glätten; ähnliche Beispiele sind in der altnordischen Literatur massenhaft zu finden. „Von Aberglauben früh und spät umgarnt", suchte man Schutz vor den bösen Geistern und wähnte, sie durch ein paar eingeritzte Zeichen wirksam beschworen, sie unschädlich oder geneigt machen zu können. Erhebliche Reste dieses von den Germanen aus der Spätantike übernommenen Buchstabenzaubers haben sich bis auf den heutigen Tag namentlich in der Volksmedizin erhalten.

Nur im Norden verbreitete sich später die Sitte, Steine mit Runeninschriften zum Gedächtnis der Toten, vielleicht auch aus andern Gründen, zu errichten. Ein besonders schöner Runenstein des 12 Jahrhunderts ist im Neuen Brockhaus abgebildet; er stammt aus Upland in Schweden und trägt eine sichtlich schon vom Christentum beeinflußte Inschrift in eindrucksvoller Ornamentik. In Skandinavien, zumal in Schweden, waren die Runen überhaupt noch jahrhundertelang und späterhin gewiß nicht bloß zu magischen Zwecken in Gebrauch. Ja, die nordischen Runenkalender in Stabform, die in großer Menge auf uns gekommen sind, sollen noch jetzt gelegentlich bei den schwedischen Bauern zu finden sein.



Zum Notruf der Pfalz an die gesamte Welt.

Aus aller Welt.

— **Sturmverheerungen an der südfranzösischen Küste.** Eine schwere Sturmflut hat an der südfranzösischen Küste großen Schaden angerichtet. Besonders stark haben die Häfen von Marseille und Toulon gelitten. In Toulon löste sich das Schlachtschiff „Lanreguiberry" aus dem Dock und trieb ab; die Mannschaft konnte es noch rechtzeitig verlassen.

— **Zusammenbruch einer Zuschauertribüne.** Ein schweres Unglück hat sich bei dem Fußballwettspiel zwischen Westvirginia und Washington in Charlestown (Nordamerika) ereignet. Mitten während des Spiels, dem zahlreiche Zuschauer beiwohnten, brach plötzlich einer der überfüllten Tribünen ein. Ueber 200 Personen wurden dabei verletzt, davon 25 schwer.

— **Schaufenstereinbrecher mit dem Angelhaken.** Zwei jugendliche Schaufenstereinbrecher, Knispel und Forster, die schon früher nichts taugten, und vor einiger Zeit aus der Fürsorgeanstalt entlaufen waren, wurden bei einem neuen Einbruch in Berlin von Polizeibeamten überrascht und festgenommen. Die jungen Spezialisten „arbeiteten" früher mit einem Stock, an dem sie einen Haken befestigt hatten. Dabei aber mußten sie jedesmal erst das Schaufenster zertrümmern. Wenigstens ein Loch hineinschlagen, um die Waren aus der Auslage herausangeln zu können. Das Klirren der Scheiben konnte sie leicht verraten. Deshalb sannen sie auf Mittel und Wege, dies zu vermeiden, und so erfanden sie ein Werkzeug, mit dem sie geräuschlos und besser „arbeiten" konnten. An eine starke Schnur knüpften sie sechs gute Hechtangeln. Dann beschwerten sie sie noch mit einem Gewicht. Einer auf den Schultern des anderen stehend, öffneten sie nun die Luftklappen über den Schaufenstern. Der Obenstehende ließ nun die Angelschnur hinab und schwenkte sie auf den Waren hin und her. Was die Hechthaken faßten, zog er empor und reichte es dem Untenstehenden hinab. Auf diese Weise hatten die beiden in der Nacht aus dem Schaufenster eines Geschäftes in der Kaiser-Friedrichstraße zu Neukölln bereits für fünf Billionen Waren herausgeangelt, als Polizeibeamte sich in ihr unsauberes Gewerbe einmischten und sie festnahmen.

Vermischtes.

Die zärtliche Gattin.

„Mein Mann ist den ganzen Tag abwesend, ich sehe ihn kaum zehn Minuten täglich."

Die Freundin: „O, du Arme, wie ich dich bedaure!"

„Ach, das ist nicht so schlimm, zehn Minuten gehen rasch herum."


Sven Hedin, der bekannte Tibetforscher weilt augenblicklich in Tokio und wird jetzt seine Rückreise über Sibirien und Rußland antreten

Anzeigenpreise ab 13. November:

Die Grundpreise betragen:
Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl (ab 13. November 250 000 000) zu vervielfältigen.



Der Plan über die Herstellung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Sölderstraße in Holzwickede liegt beim Postamt in Holzwickede von heute ab vier Wochen aus. (3311
Telegraphenbauamt Dortmund.

Jüngeres 23jähriges
Mädchen
in allen Hausarbeiten erfahren sucht zum 1. Dez.
Stellung.
Offerten unter Nr. 3310 an die Geschäftsstelle.

Schlafzimmer mit Morgenkaffee
für sofort gesucht.
Angebote unter Nr. 7579 an die Geschst d. Zeitung erbeten.

Die Meggendorfer-Blätter
sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie
„Immer mit der Zeit schreitend und für die Zeit."
„Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns."
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Man abonniert beim Buchhändler, Postamt oder direkt beim Verlag der Meggendorfer-Blätter, J. F. Schreiber, München, Residenzstraße 10.


Burgers Mode-Führer
mit 20 Gratis-Schnitten auf großem Bogen.
Das Beste für die Praxis u. Gesellschaftskleid
Bd. I Damen-Kleidung • Bd. II Kinder- u. Jungmädchen-Kleidung.
Überall zu haben, sonst durch Nachnahme vom
Verlag Otto Burger, Leipzig-A.

Geldentwertung trifft Sie nicht!
wenn Sie sich

ein schönes Bild
ein gutes Buch
eine klassische Figur
auf den Bücherschrank oder Schreibtisch kaufen!
Beachten Sie unsere Schaufenster Bahnhofstraße 3!
Carl Braus,
Buch- und Kunsthandlung
Bahnhofstr. 3 Gr. Marktstr. 3
Um den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, kann in Einzelfällen soliden Käufern Teilzahlung auf Goldmarkbasis gestattet werden.